

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zu der vereinbarten Debatte zur Lage im Sudan

Der Bundestag wolle beschließen:

Aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges zwischen Regierungstruppen und Rebellen im Südsudan droht eine weitere humanitäre Katastrophe für Millionen von Menschen in Afrika. In dieser Situation ist dringend Hilfe geboten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bemühungen der Kirchen und der USA, einen Waffenstillstand im Sudan zu vermitteln, auf nationaler und europäischer Ebene wirksam zu unterstützen;
2. mit allen politischen und diplomatischen Mitteln auf die Kriegsparteien einzuwirken, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen;
3. sich im Rahmen der Vereinten Nationen für eine wirksame Überwachung dieses Waffenstillstandes einzusetzen; eine solche Überwachung sollte vorrangig durch die OAU erfolgen;
4. alles Notwendige zu unternehmen, die Zustimmung aller beteiligten Konfliktparteien für eine ungehinderte Arbeit der bewährten VN-Organisation „Operation Lifeline Sudan“ und anderer Hilfsorganisationen im Südsudan zu sichern;
5. die Kräfte in der Region, die sich um eine Friedenslösung im Sudan bemühen, vor allem die Präsidenten der vier ostafrikanischen Staaten Uganda, Kenia, Eritrea und Äthiopien (sog. IDADD-Initiative), tatkräftig zu unterstützen;
6. sich für ein kontinuierliches und langfristiges Engagement der internationalen Gemeinschaft zur Friedenssicherung und Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen im Sudan einzusetzen.

Bonn, den 2. März 1994

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

